

Jodelchörli: Strafanzeige widerrufen

URNÄSCH. Der Verein Humanrights.ch zieht seine Strafanzeige wegen Rassen-diskriminierung gegen das Jodelchörli Urnäsch zurück. Den Ausschlag dafür gab die Entschuldigung des Jodelchörli in der Sendung «Schweiz aktuell» vom Mittwoch. Die Angelegenheit ist damit aber noch nicht vom Tisch: Die Staatsanwaltschaft von Appenzell-Ausserrhoden lässt gegenüber 20 Minuten verlauten, dass der Entscheid keinen Einfluss auf die Abklärungen beim Kanton habe. Ob ein Strafverfahren eingeleitet werde, entscheide sich in fünf bis sechs Wochen.

Bye-bye graue Liste – die Schweiz hat eine weisse Weste

BERN. Die Schweiz ist nicht mehr auf der grauen Liste der Steueroasen. Doch schon bald könnte das Theater wieder von vorne beginnen.

Mit den zwei neuen Doppelbesteuerungsabkommen (USA und Katar) hat die Schweiz die Forderung nach zwölf neuen Verträgen erfüllt und ist somit auf der weissen Liste. OECD-Generalsekretär Angel Gurría hat bereits gratuliert.

Sind wir nun keine Steueroase mehr?

Nein, die Steuern sind weiterhin tiefer als im Ausland. «Wir sind jetzt aber kein Steuerfluchtparadies mehr», sagt Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht der Uni Bern.

Was bedeutet das für das



Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht, OECD-Generalsekretär Gurría. F. Gribi/AP

Bankgeheimnis?

Die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung ist vorbei. Künftig gibts in beiden Fällen Amtshilfe.

Was nützt es dann noch?

Im Inland gilt es weiterhin.



Kunz: «Ausländer bringen ihr Geld beispielsweise wegen der Stabilität zu uns und um es vor Verstaatlichung zu schützen.»

Wurden wir über den Tisch gezogen?

Es ging nie um Gerechtigkeit,

sondern um Machtpolitik. Länder wie die USA wollten ihr Steuersubstrat sichern und den Finanzplatz Schweiz schwächen. Deren Steueroasen, z.B. Delaware (USA) oder die Kanalinsel Jersey, florieren weiter. «Die Schweiz hatte keine Alternative. Als Kleinstaat haben wir keine Erpressungsmöglichkeiten», erklärt Kunz.

Die Schweiz auf der weissen Liste: Sind wir aus dem Schneider?

Vorerst ja. Der Druck aus der EU wird aber wieder zunehmen. Kunz: «In zwei, drei Jahren wird die EU den automatischen Informationsaustausch fordern, wie er unter den Mitgliedsländern gilt. Wir sollten uns Gegenmassnahmen überlegen, wie etwa eine Quellensteuer auf ausländische Vermögen.»

Dajan Roman



Die Liberalisierung wurde durchgesetzt: Werbung für Bier und Wein darf am TV gezeigt werden. Udo Kleinendonk

Alkoholwerbung: Fachstellen von Entscheid enttäuscht

BERN. Die Schweizer Suchtfachstellen kritisieren den Entscheid des Ständerats, Werbung für Bier und Wein am Fernsehen zu liberalisieren. Die hauchdünne Entscheidung ist für die Fach-

stellen «enttäuschend». Das Parlament gewichte mit dem Entscheid die kommerziellen Interessen höher als den Jugendschutz.

Die Fernsehsender dagegen zeigen sich erfreut über

den Beschluss. Damit würden Schweizer Veranstalter nicht länger gegenüber den Schweizer Fenstern ausländischer Programme benachteiligt, sagte SRG-Sprecher Max Gurtner.

Tierschutz: Kritik an den Urkantonen

ZÜRICH. Mit 712 Tierschutzfällen sind in der Schweiz im letzten Jahr so viele Strafverfahren gemeldet worden wie nie zuvor. Deshalb fordert die Stiftung für das Tier im Recht eine Verbesserung des Tierschutzvollzugs. Die Zunahme der Strafverfahren um 14 Prozent sei besonders auf die aktive Strafverfolgung in den Kantonen Zürich, St.Gallen, Bern, Aargau und Appenzell zurückzuführen, so Geschäftsführer Gieri Bolliger.

In vielen Kantonen lägen die Fallzahlen jedoch noch immer sehr tief. «In den Schweizer Urkantonen und in den Kantonen Glarus, Wallis, Tessin und Genf werden Verstösse gegen das Tierschutzgesetz oft bagatellisiert und nicht verzeigt», kritisiert Bolliger. Kantonstierärzte, die Polizei und die Bevölkerung blieben oft untätig. Doch das sei gesetzeswidrig: «Tiermisshandlung ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Officialdelikt», so Bolliger. dp

Bundessteuer: Einigung auf 2011

BERN. Die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer werden auf Anfang 2011 und hernach jährlich ausgeglichen. Auf Antrag der Einigungskonferenz hat sich der Nationalrat stillschweigend dem Ständerat angeschlossen. Drei Mal hatte die grosse Kammer für die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2010 votiert, um die Kaufkraft der Haushalte in der Krise möglichst rasch zu stärken. Anfang 2011 tritt auch die Entlastung der Familien mit Kindern in Kraft.

Konjunkturpaket: Einigung erzielt

BERN. National- und Ständerat haben sich für das dritte Konjunkturpaket zu einem Kompromiss durchgerungen. Beide Räte stimmten dem Vorschlag der Einigungskonferenz zu, der auch Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen enthält. Das Paket enthält Bundesbeiträge bis 330 Millionen Franken sowie eine Kaufkraftspritze von 650 Millionen Franken durch die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe an die Bevölkerung.